

Völkermord und Volksgemeinschaft.

Die deutsche Gesellschaft während der NS-Diktatur

Landtag Dresden, 27. Januar 2019

Ulrich Herbert

Die deutschen Eliten oder die deutsche Gesellschaft?

Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit hat in Deutschland, aber auch weltweit, kennzeichnende Verschiebungen durchlebt. Im Mittelpunkt standen dabei von Beginn an die Frage nach den Ursachen des 30. Januar 1933, dem Tag der Regierungsübernahme Hitlers, und die Frage nach den Ursachen des 20. Januar 1942, des Tags der Wannseekonferenz als Symboldatum für die Ingangsetzung der vollständigen Ermordung aller Juden in Europa.

In beiden Fällen geht es im Kern um die Frage nach Schuld. Im ersten Fall geht es um die Schuld am Kollaps der Weimarer Republik und der Errichtung der Diktatur. Im anderen Fall geht es um die Verantwortung für die ~~der~~ Vorbereitung, Duldung, Ingangsetzung und Durchführung des millionenfachen Massenmords.

Dabei standen sich schon seit der frühen Nachkriegszeit zwei Erklärungsansätze gegenüber, die in der Antwort auf die Frage, wer die für die Diktatur und ihre Verbrechen Verantwortlichen gewesen seien, gewaltig differierten. Der eine Ansatz hob die Verantwortung der traditionellen Eliten der deutschen Gesellschaft hervor. In der Konsequenz musste es in Zukunft also vor allem darum gehen, deren Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland nachhaltig zu schwächen, ja zu brechen. Die praktischen Konsequenzen dieses Ansatzes schlugen sich dann etwa im Programm der alliierten Kriegsverbrecherprozesse nieder, die gegen Vertreter dieser Führungsgruppen begonnen wurden.

Der andere Ansatz sah weniger die Eliten als die wesentliche Stütze der deutschen Diktatur an, sondern die nationalsozialistische Bewegung und große Teile der deutschen Bevölkerung. Das korrespondierte mit der Überzeugung, dass der Nationalsozialismus in erster Linie als Ausdruck einer modernen Massenbewegung zu verstehen sei, die ihre Dynamik durch die enge Verbindung zwischen Volk und Führung erhalten habe. Notwendig seien demnach die Herausfilterung aller aktiven Nationalsozialisten aus der gesamten deutschen Gesellschaft sowie die demokratische Umerziehung der Deutschen. Die praktische Konsequenz dieses Ansatzes war das Programm der Entnazifizierung, im Verlaufe dessen alle erwachsenen Deutschen in den Westzonen einen Fragebogen auszufüllen hatten, in welchem sie ausführlich über ihr Leben während der NS-Zeit Auskunft zu geben hatten – im Osten die Entlassung aller NS-belasteten Multiplikatoren und Entscheider wie Lehrer, Staatsanwälte oder Richter.

Erst als seit Ende der 80er Jahre die Forschung über die deutschen Massenverbrechen während des Krieges intensiviert wurde und die Ergebnisse auch eine breitere Öffentlichkeit erreichten, wurde diese Gegenüberstellung von Nazis und Eliten auf der einen, der Bevölkerung auf der anderen Seite immer weniger haltbar. Die Nationalsozialisten strebten während der NS-Zeit eine Neuformierung der deutschen Gesellschaft an, in der die entscheidende Trennlinie innerhalb der Gesellschaft in Deutschland die zwischen privilegierten Volksgenossen auf der einen und diskriminierten Volksfremden und Fremdvölkischen auf der anderen Seite war – eine Systematik von Ungleichheit und Gleichheit: Auf der einen Seite die große Gruppe der arischen, gesunden, leistungsfähigen Deutschen, die untereinander über die bisherigen Grenzen der Klasse, der Bildung, der Religion oder der landsmannschaftlichen Herkunft hinweg als „gleiche“ angesehen wurden: als Gemeinschaft der rassistisch Gleichen und Bevorrechtigten. Auf der anderen Seite die Gruppe der ethnisch, sozial, biologisch und vor allem rassistisch Ausgegrenzten, den Volksgenossen nicht gleichgestellt, rechtlos und von prekärer Existenzberechtigung. In welchem Maße aber setzte sich das Postulat der Gleichheit unter den deutschen Volksgenossen in der Praxis tatsächlich durch? Und wie hing die behauptete Gleichheit der bevorrechtigten Volksgenossen mit der Trennlinie gegenüber den als ungleich und minderwertig Definierten zusammen? Diesen Fragen will ich im Folgenden etwas näher nachgehen.

Volksgemeinschaft und Gleichheit

Ich beginne mit der Gleichheit. Mit dem Postulat der *rassistischen Ungleichheit* der Fremdvölkischen verband das nationalsozialistische Gesellschaftsmodell das Postulat von der *Gleichheit* der kraft Geburt und Rasse zur Volksgemeinschaft Gehörigen. Der Begriff der „Volksgemeinschaft“ war bereits seit der Jahrhundertwende über die politischen Lager hinweg eine Leitvokabel der Modernekritik gewesen. In ihr verband sich die Kritik an den die soziale Gemeinschaft zerreißen Klassen der Industriegesellschaft und den Gegensätzen zwischen den Konfessionen mit der Ablehnung von Pluralismus, der Kultur der Moderne und der dynamischen Veränderung der sozialen Verhältnisse. Der Begriff war aber ebenso wie der ihm verwandte Terminus der „Entfremdung“ kein Privileg der Rechten, sondern nach und nach zu einer in allen politischen Lagern gebrauchten Leitvokabel geworden.

Das war kein deutsches Sonderphänomen. In fast allen europäischen Staaten hatten nach dem Ersten Weltkrieg die sozialen Unruhen stark zugenommen. Streiks und revolutionäre Aufstände auf der einen, Konflikte zwischen ethnischen Gruppen in den neu geschaffenen Nationalstaaten auf der anderen Seite hatten in Spanien wie in Italien, in Polen, Ungarn und Jugoslawien ebenso wie in Griechenland und Bulgarien rechtsautoritäre Regimes befördert, welche die Überwindung der inneren Zerspaltung, die Schaffung nationaler Einheit postulierten und wenn nötig mit Gewalt herzustellen versprachen. Hier wie auch

in den Metropolen der westlichen Demokratien wurde die innere Zerrissenheit durch die sozialen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen als ein unnatürlicher Zustand beklagt. Man kann nachgerade von einer Hegemonie des nationalen Gemeinschaftsgedankens in den 1930er Jahren sprechen, einer politisch-ideologischen Gegenbewegung zum Aufstieg des internationalen Klassenkampfgedankens in den Jahren vor und nach dem Ersten Weltkrieg in fast ganz Europa. Aber sogar der kommunistische Gegenentwurf versprach, nach der revolutionären Zerschlagung der bürgerlichen Klassenherrschaft die Errichtung einer Gesellschaft konfliktloser Gleichheit.

In Deutschland waren diese Konfliktlinien aber besonders ausgeprägt. Denn einerseits hatte sich hier die Durchsetzung der modernen Industriegesellschaft besonders rasch und heftig vollzogen. Andererseits waren durch den verlorenen Ersten Weltkrieg sowohl die nationalen wie die sozialen Widersprüche extrem verschärft worden. In der Idee der nationalen, dann der rassistisch bestimmten völkischen Einheit drückte sich das Unbehagen an dem komplizierten Spiel der politischen Kräfte, dem Mit- und Gegeneinander sozialer und politischer Interessen und an der mühsamen Suche nach Kompromissen und Koalitionen auf Zeit aus, welche das Leben in einer durch Komplexität und Differenzierung gekennzeichneten Industriegesellschaft prägen.

Wer in Deutschland im Jahre 1940 vierzig Jahre alt war, hatte bis dahin kaum etwas anderes erlebt als Krieg, Inflation, Revolution, Putsche, Massenarbeitslosigkeit, Straßenkämpfe, die NS-Machtergreifung und Kriegsvorbereitungen. Die gegenläufigen Erfahrungen bezogen sich auf die wenigen Phasen, in denen wirtschaftliche und soziale Stabilität eine Perspektive der Sicherheit vermittelt hatten. Das betraf, nun schon als verklärte Vergangenheit, die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg, mit Abstrichen die Jahre 1924 bis 1928 und nun vor allem die Jahre seit etwa 1935, mit dem Ende der Weltwirtschaftskrise und dem Beginn der Rüstungskonjunktur. Durch den Krieg aber wurden die hier geweckten Träume vom besseren Leben – und das meinte vor allem: von der Konsumgesellschaft – bald zunichte gemacht.

Für die Regimeführung war es dabei von erheblicher Bedeutung, die „Stimmung“ der Bevölkerung möglichst hoch und die Belastungen niedrig zu halten, etwa durch eine großzügige Versorgung der Soldatenfamilien, die deutlich höher lag als die in Großbritannien oder den USA. Der Krieg, so das Kalkül der Regimeführung im Herbst 1939, sollte für die Bevölkerung möglichst wenig spürbar sein. Und er sollte nicht von den Deutschen, sondern von den Bewohnern der eroberten Gebiete bezahlt werden.

Tatsächlich konnte davon aber spätestens dann keine Rede mehr sein, als nach zwei Kriegsjahren mit den ersten Niederlagen im Osten die Verlustzahlen der Wehrmacht dramatisch anstiegen und die zunächst vereinzelt, dann regelmäßigen Luftangriffe ein normales Leben jedenfalls in den Städten fast unmöglich machten.

Seit Mitte 1942 schlug die Stimmung der deutschen Bevölkerung vor allem in den bombengefährdeten Großstädten allmählich um in Abstumpfung und Apathie. Das Leben reduzierte sich auf den unmittelbaren Zusammenhang der eigenen Existenz und war geprägt von wachsendem Desinteresse an allen gesellschaftlichen Ereignissen. *„Die Einstellung eines Großteils der Bevölkerung“*, resümierte der innenpolitische Geheimdienst, der SD, im Herbst 1942, sei mittlerweile *„durch eine gewisse Resignation gekennzeichnet, die teilweise sogar in stärkerem Maße Anzeichen einer Kriegsmüdigkeit zeigt... Die zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten, drei Jahre Einschränkungen auf allen Gebieten des täglichen Lebens, die an Heftigkeit und Umfang ständig zunehmenden feindlichen Luftangriffe, die Sorge um das Leben der Angehörigen an der Front“* ließen *„immer mehr den Wunsch nach einem baldigen Kriegsende auftreten.“*

Daraufhin begann sich die Bindung an das Regime und auch an die Person Hitlers abzulösen. Die Loyalität eines Großteils der deutschen Bevölkerung gegenüber dem „Dritten Reich“ war an dessen Erfolg gebunden – militärisch wie wirtschaftlich. Blieb der Erfolg aus, verlor das Regime seine Legitimationsquelle.

Die nationalsozialistische Propaganda hatte in immer neuen Varianten versucht, die weitgehende Einschmelzung der Klassenunterschiede durch den gemeinsamen Bezug auf die „Volksgemeinschaft“ als bereits vollzogen zu proklamieren. Tatsächlich aber war die soziale Struktur der deutschen Gesellschaft in den dreißiger und vierziger Jahren weitgehend stabil geblieben: Der Anteil der Arbeiterschaft an der Gesamtgesellschaft veränderte sich kaum; im Kriege nahm die Zahl der Arbeiter gegenüber den Angestellten sogar leicht zu. Arbeiterschaft und Bauern machten weiterhin etwa siebzig Prozent der Gesellschaft aus. Die real fortbestehende, sich im Zuge der Rüstungskonjunktur sogar noch vertiefende soziale Ungleichheit wurde jedoch von Seiten des Regimes durch eine sich ausbreitende soziallegalitäre Propaganda kompensiert. Die Stilisierung des „ehrlichen Arbeiters“ und des „deutschen Sozialismus“ spielte dabei ebenso eine Rolle wie die Mobilisierung von Ressentiments gegen „Reaktion“, „Bonzen“ und tatsächlich oder vermeintlich Privilegierte, vor allem gegen die Juden. Aus dem Arbeitgeber wurde der „Führer des Betriebs“, aus den Arbeitern und Angestellten die „Gefolgschaft“. Die postulierte Gleichheit schlug sich in Bezeichnungsänderungen und geselligen Betriebsabenden nieder, die sozialen Hierarchien änderten sich nicht. Zwar war die Egalitätspropaganda nicht wirkungslos. Sie trug doch auch zu dem Eindruck bei, dass die Arbeiter unter dem neuen Regime durchaus geachtet würden und dass „Volksgemeinschaft“ womöglich doch mehr sei als nur eine Nazi-Parole. Aber die ständigen Straßensammlungen des „Winterhilfswerks“, das inszenierte Eintopfessen der politischen Führung mit Bauarbeitern oder kinderreichen Familien, die aufwändigen Spektakel am 1. Mai, nun „Tag der nationalen Arbeit“, an dem Arbeiter, Angestellte und Betriebsleitung gemeinsam aufmarschieren und anschließend zusammen Bier trinken sollten, wurden vielfach als „Tingeltangel“

wahrgenommen, der die Interessengegensätze und die eklatanten sozialen Unterschiede nur übertünchen sollte.

Viel einschneidender hingegen waren die tiefgreifenden sozialen und räumlichen Veränderungen, die durch Bombenkrieg, Fabrikverlagerungen, die vieljährige Soldatenzeit der Männer, durch Kinderlandverschickung und schließlich Flucht und Vertreibung hervorgerufen wurden. Die hier gemachten Erfahrungen der Einzelnen trennten sie von ihrer sozialen Herkunft, und andere Kriterien gewannen an Bedeutung: Ob jemand eingezogen oder uk-gestellt wurde, an die West- oder an die Ostfront kam, verwundet wurde oder nicht; ob der Mann und Vater im Krieg fiel oder nicht, ob man im Osten lebte und flüchten musste oder nicht, ob eine Familie auf dem Land lebte oder in einer Industrieregion, am Stadtrand oder in bombengefährdeten Innenstädten, ob sie ausgebombt wurde oder nicht, ob die Kinder evakuiert wurden oder nicht – solcherart waren die Kriterien, nach denen sich das Schicksal der Einzelnen nun vorrangig formte und sich ihre Erfahrungen prägten. So bildeten sich Schicksalsgemeinschaften, deren Ergehen von geographischen, militärischen, politischen Faktoren abhängig war, und nicht zuletzt vom Zufall.

Diese Erfahrungen wie Militärdienst, Kriegsgefangenschaft, Evakuierung oder Vertreibung bezeichneten aber offenbar vor allem Prozesse der Vereinzelung, weil sie nicht in stabilen sozialen und regionalen Einheiten, sondern in Zufallsgemeinschaften vollzogen wurden. Und sie reichten bis weit in die Nachkriegsjahre hinein. Nicht soziale Homogenisierung und volksgemeinschaftliche Gleichheit, sondern Individualisierung und Pluralisierung der Lebensläufe kennzeichneten das Bild der deutschen Gesellschaft am Ende des Krieges. Dem gegenüber erwiesen sich die einheitsstiftenden Erfahrungen der militärischen Siege der ersten Kriegsjahre als wenig nachhaltig.

Und nun offenbarte sich auch, dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen den Besitzeliten und der Bevölkerungsmehrheit nicht geschrumpft, sondern noch erheblich gewachsen waren. Es waren die Arbeiterviertel in den Industriebezirken, nicht die bürgerlichen Außenbezirke, die bei den Bombenangriffen am stärksten betroffen waren. Wer über die nötigen Mittel verfügte, konnte sich auch während des Krieges auf hohem Niveau versorgen. Und wer es sich leisten konnte, fuhr auch im Januar 1944 zum Skifahren in die bayerischen und österreichischen Alpen, obwohl die Kurhotels und Skihütten komplett ausgebucht waren.

Ungleichheit und Völkermord

Damit komme ich zum zweiten Aspekt, den ich eingangs als konstitutiv für die Konstruktion des nationalsozialistischen Gesellschaftsmodells herausgestellt hatte: die Ungleichheit.

Ungleichheit war zunächst ein prägendes Element nationalsozialistischer Sozialpolitik. Hier wurden Leistungsorientierung und sozialegalitäre Postulate mit völkischen und rassehygienischen Kriterien verknüpft. Ziel dieser Arbeits- und Sozialpolitik war es, die ausweislich ihrer völkischen Zugehörigkeit, ihres sozialen Verhaltens und ihrer Arbeitsleistung „wertvollen“ Mitglieder der Volksgemeinschaft zu fördern. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sollten verbessert, die Familien unterstützt und die Geburtenrate zu erhöht werden, um den Anteil „wertvoller“ Substanz im „Volkskörper“ zu vergrößern. Zugleich wurden die „minderwertigen“, den „Volkskörper“ belastenden Existenzen ausfindig gemacht und entsprechend den weltanschaulichen Vorgaben sozialpolitisch vernachlässigt oder ausgesondert. Das rabiate Vorgehen der Polizeibehörden und der Kriegswirtschaftsadministration gegen „Arbeitsbummelanten“, „Arbeitsscheue“ und „Asoziale“ zeigt die enge Verbindung zwischen sozialer Disziplinierung und „rassehygienisch“ motivierter Verfolgung. Die Ermordung von etwa 100.000 deutschen Behinderten und Schwerkranken machte deutlich, dass die Dichotomie nicht lautete: Deutsche gegen Fremde, sondern gesunde Deutsche gegen Fremde und Schwache.

Dass die Rolle der Bevorrechtigten nicht nur zugeordnet wurde, sondern *nolens volens* auch angenommen wurde, schlug sich vor allem beim nationalsozialistischen Ausländereinsatz während des Krieges nieder, als insgesamt mehr als 9 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene nach Deutschland zur Arbeit gebracht wurden. Der nationalsozialistische Ausländereinsatz zeigte, dass ein nach rassistischen Kriterien hierarchisiertes Modell einer nationalsozialistischen Gesellschaft tatsächlich funktionierte. Ein solches Herrschaftssystem konnte mithilfe von Terror gegenüber den „Fremdvölkischen“ sowie durch sichtbare Bevorteilungen der deutschen „Volksgenossen“ die sozialen Spannungen innerhalb der deutschen Klassengesellschaft zwar nicht bedeutungslos machen, aber offenbar doch entschärfen. Berichte über Misshandlungen von Ausländern in den Betrieben waren dabei nur ein zugespitzter und in der Regel nicht einmal typischer Ausdruck dieser Entwicklung. Vielmehr zeigten die meisten Deutschen am Schicksal der Ausländer wenig Interesse - die Sorge um das eigene Überleben ließ wenig Platz, das Elend der „Fremdarbeiter“ als etwas irgendwie Besonderes zu betrachten. Die Ausländer waren einfach da, und die Diskriminierung vor allem der Arbeiter aus Osteuropa wurde als gegeben hingenommen. Auch die eigene bevorrechtigte Stellung ihnen gegenüber war nichts Exzeptionelles, nichts, worüber man sich Gedanken machte. Eben das aber machte das Funktionieren des nationalsozialistischen Arbeitseinsatzes aus: dass die Praktizierung des Rassismus zur täglichen Gewohnheit, zum Alltag wurde.

Dabei ordnete die deutsche Gesellschaft – wie übrigens alle rassistischen Gesellschaften – dem Einzelnen eine aktive Rolle innerhalb dieser Gesellschaftsordnung zu, und zwar auch unabhängig von seinem eigenen Willen. Denn auch der sozialistische Arbeiter, der in den dreißiger Jahren gegen

die Nazis gekämpft hatte, war gegenüber den russischen Kriegsgefangenen oder Zivilarbeiterinnen, die seit 1942 im gleichen Betrieb arbeiteten, bevorrechtigt und sogar weisungsbefugt. Die deutsche Gesellschaft funktionierte während der NS-Zeit als Herrschaft der rassistisch Privilegierten und Bevorrechtigten, und indem dies zur alltäglichen Routine, zur sozialen Praxis wurde, wurde der Einzelne zum Funktionsfaktor in diesem Mechanismus.

Nirgends wird dieser Zusammenhang deutlicher als in dem Verhältnis der deutschen Gesellschaft zur Verfolgung und Ermordung der Juden. Antijüdische Einstellungen waren vor allem seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts durchaus verbreitet, wenngleich gewiss nicht hegemonial. Gleichwohl blieben die radikalen, gewaltbereiten Antisemiten während der Weimarer Jahre insgesamt eine Randgruppe - sie waren gewiss nicht unbedeutend, aber ihr von Ausschreitungen begleitetes Auftreten traf doch auf verbreitete, zuweilen indignierte Ablehnung, übrigens auch nach 1933.

Ein passiver Antisemitismus hingegen war durchaus verbreitet. Dass die Juden einen Fremdkörper im deutschen Volke darstellten, dass sie mit den Feinden Deutschlands aus dem Ersten Weltkrieg in Verbindung stünden, dass sie die Presse beherrschten und sich am Krieg ebenso wie an Inflation und Wirtschaftskrise bereichert hätten – solche Schlagworte der antijüdischen Propaganda gehörten doch zur Überzeugung vieler in Deutschland; und es ist nicht ausgeschlossen, dass, nimmt man die verschiedenen Schattierungen der Judengegnerschaft zusammen, sie schon vor 1933 in Deutschland eine Mehrheit stellten.

Seit 1933 aber, dies ist eine zwar simple, aber wichtige Feststellung, konnte der Anti-Antisemitismus öffentlich nicht mehr zum Ausdruck gebracht werden. Die Antisemiten beherrschten das Feld, und da sie eben keine kleine Minderheit darstellten, war es nicht einfach, sich öffentlich dagegen auszusprechen oder gar handelnd tätig zu werden.

Allerdings, das wird dabei oft übersehen, stand die antijüdische Politik des NS-Regimes seit 1933 zwar in der Öffentlichkeit der Staaten des Westens im Mittelpunkt der Sorge und der Diskussionen, dies trifft aber für die Situation in Deutschland in dieser Weise nicht zu. Die Analysen der Exil-SPD etwa zeigen deutlich, dass die Linke die Diskriminierung der Juden zwar sah, aber als eine nachgeordnete Erscheinungsform der *sozialen* Widersprüche in Nazideutschland verstand. Im Sommer 1938 war man als Nazigegner höchst beunruhigt wegen der Ausschaltung der Gewerkschaften, wegen der politischen Unterdrückung und der manifesten Kriegsgefahr. Die Judenverfolgung wurde demgegenüber in ihrer Bedeutung grundlegend unterschätzt; wenn überhaupt, dann wurde sie als Symptom für die Gewaltbereitschaft des Regimes oder als Versuch der Einschüchterung der Arbeiterschaft angesehen - und mindestens bis zum November 1938 nicht als eigenständiger und höchst dynamischer politischer Faktor.

In der Mitte der Gesellschaft war diese Ausblendung oder Ignorierung der antijüdischen Politik des Regimes noch viel ausgeprägter - und zwar in dem Maße zunehmend, wie die Unterstützung der Politik des NS-Regimes durch die deutsche Bevölkerung anstieg. Gleichwohl war die Judenpolitik des Regimes in den breiten Kreisen der Bevölkerung nicht populär; aber sie war ausweislich der überaus zahlreichen Stimmungsberichte der Parteistellen und der Informanten des SD auch kein vorrangiges oder zentrales Thema; denn – es gab doch vieles, weswegen man Hitler und den Seinen auch „Fehler“ oder „Übertreibungen“ in anderen Bereichen nachzusehen bereit war. Angesichts der Dauerserie politischer Großereignisse und der virulenten wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung der meisten Deutschen schien die Politik des Regimes gegenüber den Juden ein womöglich unschöner, aber doch marginaler, vermutlich sogar unvermeidlicher, im Verhältnis zu den Erfolgen der Nazis jedenfalls nachrangiger Aspekt zu sein.

Damit einher ging auch eine Haltung der Vorteilsnahme gegenüber einer ausgegrenzten und entrechteten Minderheit, und die Unzahl der Denunziationen, die bei den Polizeistationen eingingen, bestätigten dies. Aber im Vordergrund standen doch die Gleichgültigkeit und die Bereitschaft, die Verfolgung der Juden als eher unwichtig zu ignorieren und so hinzunehmen.

Die Auswirkungen dieser Konstellation sind vor und nach Kriegsbeginn recht genau feststellbar. Ich will das an drei Beispielen näher betrachten.

Das *erste Beispiel* betrifft die sogenannte Arisierung. Einige neue Studien zu diesem Komplex haben gezeigt, wer in welcher Weise von der Wegnahme des Eigentums der Juden profitierte. Für die Zeit vor 1939 ergibt sich, dass es außer dem Staat und den großen Banken insbesondere die unmittelbare Umgebung der enteigneten Juden war, die sich der Firmen und des Vermögens bemächtigte. Ganz unbekannt aber war, in welchem Ausmaß sich dies nach Kriegsbeginn fortsetzte. In Hamburg wurden bis 1945 mehr als 3.000 Grundstücke, die Juden gehört hatten, als „Feindvermögen“ konfisziert oder „arisiert“. Die Wohnungen der seit dem Herbst 1941 in den Osten deportierten und dort ermordeten deutschen Juden waren in Deutschland besonders begehrte Objekte.

Das Beispiel der „Arisierungen“ zeigt aber auch die Öffentlichkeit des Geschehens. In vielen Städten wurde seit 1941 der Hausrat der deportierten Juden wöchentlich verkauft oder versteigert: Pelze, Teppiche, Stilmöbel waren besonders begehrt. Aber auch einfache Textilien, Lampen, Geschirr, Kinderspielzeug wurden hier teilweise zu Schleuderpreisen verkauft. Insgesamt wurden allein in Hamburg während des Krieges 60.000 Tonnen Textilien und Mobiliar aus jüdischem Besitz angeboten. Insgesamt waren es mindestens 100.000 Hamburger, die bei den Versteigerungen des „Judenguts“ etwas erwarben. Denn dass diese Gegenstände von Juden abstammten, war durchweg bekannt und wurde sogar offen annonciert.

Die Enteignung zunächst der deutschen, später dann der europäischen Juden war also kein geheimer, abgeschotteter Vorgang; vielmehr vermochte ein nicht kleiner Teil der Deutschen davon durchaus zu profitieren. Und es entstand, ausweislich aller darüber zur Verfügung stehender Quellen, daraus keine Beunruhigung in der Bevölkerung, denn erstens vollzog sich das Ganze in den legalen Formen des modernen bürokratischen Staatsapparates, und zweitens war man als deutscher Volksgenosse vor solchen Maßnahmen automatisch geschützt. Sie betrafen einen nicht. *Ebendies* kennzeichnete die Ungleichheit, die für die NS-Gesellschaft konstituierend war.

Ein *zweites Beispiel*: In den ersten Tagen des Oktobers 1941 beschloss die Zivilverwaltung des Distrikts Galizien, wie schon zuvor in Lemberg und anderen Städten und Kreisen nun auch in dem kleinen Grenzort Stanislau die dort lebenden Juden in einem eigenen Wohnbezirk, einem Getto zusammenzufassen. Allerdings war in dem dort vorgesehenen Stadtviertel nicht genug Platz für alle. Deshalb vereinbarten die deutschen Funktionsträger, dass die dort nicht mehr hineinpassenden, überzähligen Juden erschossen werden sollten.

Am frühen Morgen des 12. Oktober, eines Sonntags, begannen die Vorbereitungen. Zunächst wurde von der Stadt bis zum Friedhof eine Sicherungskette eingerichtet, und zwar von Angehörigen aller am Ort befindlichen deutschen Dienststellen, darunter auch Mitarbeitern der deutschen Sparkasse und des Arbeitsamts. Gräben wurden ausgehoben, Löschkalk bereit gestellt. Am Friedhof hatten sich zahlreiche Schaulustige versammelt, besonders Angehörige der Wehrmacht sowie Eisenbahner und Polizisten, die das Geschehen verfolgten und zahlreiche Fotografien machten. Am Vormittag begannen Mitarbeiter der deutschen Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei mit den Erschießungen, wegen der Personalknappheit wurden auch Angehörige der Bahnpolizei dazu eingesetzt. Die Erschießungen dauerten den ganzen Tag an, bis die einbrechende Dunkelheit die Polizeieinheiten zum Abbruch der „Aktion“ zwang. Bis dahin waren bereits mehr als 10.000 Juden umgebracht worden.

Dieser Bericht über den Blutsonntag von Stanislau am 12. Oktober 1941 beschreibt den Alltag des Judenmords vor seiner systematischen Ingangsetzung nach der Wannseekonferenz vom Januar 1942. Allein in Galizien gab es viele solcher Massaker, bevor die deutschen Behörden seit dem Frühjahr 1942 dann dazu übergingen, die Mehrzahl der Juden der Region in die Vernichtungsstation Belzec zu transportieren und dort durch Gas umbringen zu lassen. Der Bericht zeigt, wie öffentlich dies alles stattfand, wie viele Unbeteiligte dabei zusahen oder anschließend zum Ort des Geschehens kamen. Es gibt zahlreiche Zeugenaussagen über das Massaker. Hier wie in den meisten anderen Fällen wurden zahlreiche Fotos gemacht; in einigen Nachkriegsverfahren wurde sogar von Schmalfilmen berichtet, die von Angehörigen der Zivilverwaltung gedreht und zuhause in Deutschland vorgeführt wurden.

Vor allem aber wird deutlich, dass die Zahl derjenigen, die direkt oder indirekt an der nationalsozialistischen Mordpolitik beteiligt waren, weit, *sehr* weit über den Kreis derer hinausgeht, die die Gewehre hielten oder die Gaskammern schlossen. Im Gegensatz zu den Verhältnissen im „Reich“ war der Massenmord an den Juden in den besetzten Gebieten des Ostens durchaus kein Geheimnis. Zu viele Beamte der deutschen Besatzungsverwaltungen, Beauftragte von Parteien, Ministerien und Behörden, Angehörige von Polizei- und Wehrmachtseinheiten, Mitarbeiter von Wirtschaftsstäben und Industrieunternehmen, von Dienststellen wie der Reichsbahn und der Arbeitsverwaltung waren über den Prozess der Deportation, Aussonderung, Gettoisierung, Zwangsarbeit, schließlich das Mordgeschehen informiert oder daran selbst beteiligt. Von hier aus verbreitete sich das Wissen oder doch die Ahnung von den Massenmorden schnell.

Wer einmal gelesen hat, in welcher geradezu unglaublicher Weise zwischen den verschiedenen deutschen Dienststellen und Unternehmensvertretern hier um tausend, da um 20, dort um 3.000 Juden verhandelt wurde, alles auf dem Hintergrund, dass die nicht Arbeitsfähigen sofort, die andern dann nicht viel später umgebracht würden, dem werden Vorstellungen wie die eines geheimen Mordplans geradezu zynisch vorkommen.

Wie reagierten die Deutschen in den besetzten Ostgebieten auf dieses Mordgeschehen, mit dem sie nahezu täglich konfrontiert waren? Unterschiedlich, wie wir wissen. Die harten judenfeindlichen Nationalsozialisten, und derer gab es viele, forcierten das Mordgeschehen, wo sie konnten, versuchten die Deportationszahlen zu erhöhen, den Druck auf die Juden zu verstärken, die Verhältnisse in den Ghettos weiter zu verschlechtern. Einige, davon gab es aber offenbar nur wenige, versuchten, das Leid der Juden irgendwie zu mindern, halfen denen, die sie persönlich kannten, versuchten jüdische Mitarbeiter von den Deportationslisten streichen zu lassen und anderes.

Die meisten Deutschen jedoch verhielten sich anders, darüber gibt es viele Berichte. Sie hatten mit Juden schon vor Kriegsbeginn meist keinen Kontakt gehabt und wussten wenig über sie. Die Juden, zumal die im Osten, waren eine fremde, den Deutschen oft unheimliche Gruppe von Menschen, über die vieles gemunkelt wurde. Man musste das nicht glauben, aber es gab offenbar auch keinen Anlass, sich näher mit ihnen zu beschäftigen. Zuweilen gewinnt man den Eindruck, als ob sogar die während des Krieges durchsickernden Berichte über den gewaltsamen Tod der Juden die Aura des Unheimlichen und Fremden, die ihnen anhaftete, noch bestätigte.

Eine solche Haltung traf aber offenbar auch auf Deutsche zu, die sich keineswegs als Nationalsozialisten verstanden. Ich will das an einem *dritten*

Beispiel erläutern, das ich einer vor ein paar Jahren erschienenen Arbeit von Knud von Harbou entnommen habe.¹

Franz Josef Schöningh, Jahrgang 1902, hatte Wirtschaftsgeschichte studiert, war dann einer der Mitarbeiter, schließlich der Chefredakteur der katholischen Intellektuellenzeitschrift „Hochland“ und galt vor wie nach 1933 als klarer Gegner der Nationalsozialisten. Nach dem Kriege wurde er in München einer der drei von der amerikanischen Besatzungsmacht bestimmten Gründungsherausgeber der Süddeutschen Zeitung und übrigens zum Erfinder des berühmten „Streiflichts“, das wir bis heute auf der ersten Seite der Süddeutschen lesen. Um dem Kriegsdienst zu entgehen, hatte er 1941 mithilfe von Beziehungen eine Stelle als Stellvertretender Kreishauptmann (so etwas wie ein Landrat) im Distrikt Galizien im „Generalgouvernement“ angetreten, zunächst in dem Ort Sambor nahe der alten polnischen Grenze. Hier war er für „Bevölkerung und Fürsorge“ zuständig. Das war ein weites Feld, wie er seiner Frau schrieb: „Da mir der Kreishauptmann die delikate Judenumsiedlung im Vertrauen auf meine Fingerspitzen anvertraut hat, hab ich sie halt angepackt. So etwas ist schwer, wenn ein Drittel der Bevölkerung aus Juden besteht. Ich muß Dir manches erzählen, es würde hier zu weit führen; ohne Grausamkeit, wenn auch mit Härte wird das Ziel erreicht.“²

Im März 1942 wechselte Schöningh als stellvertretender Kreishauptmann in den Ort Tarnopol, auch hier befasst mit „Bevölkerung und Fürsorge“, aber auch zuständig für die Verbindung zu den deutschen Polizeieinheiten und Befehlshaber der ukrainischen Hilfspolizei, die bei sogenannten „Judenaktionen“ für Straßensperrungen und den Aushub der Gruben zuständig war. In der Amtszeit Schöninghs wurden bis Juni 1943 etwa 12.000 Juden aus dem Ghetto Tarnopol ins Vernichtungslager Belzec deportiert. Am 23. März 1942 wurden 630 Juden, darunter die jüdischen Kinder aus dem örtlichen Waisenhaus, mitten in der Stadt vor der zerstörten Synagoge von Einheiten der SS ermordet.

Schöningh war mit diesen Ereignissen dienstlich befasst: mit der Erstellung von Listen der zu Deportierenden, mit dem Einsatz der ukrainischen Hilfspolizei, mit der polizeilichen Absperrung der Transportwege, mit der Zuteilung oder Verweigerung von Arbeitsplätzen oder Wohnräumen. Aber offenkundig verdrängte er seine eigene Teilhabe an diesen Vorgängen ebenso wie seine Verantwortung – nicht erst in den Nachkriegsjahren, sondern bereits während des Geschehens.

Schöningh lebte in Galizien ein Leben als privilegierter Kolonialbeamter. Er ließ sich reichlich mit Lebensmitteln, mit Alkohol und Einrichtungsgegenständen für seine Wohnung im Schlossgut Myszkowice versorgen. Er ging, wo und wann er nur konnte, zur Jagd. Im Haus des Kreishauptmanns wurden regelmäßig rauschende Feste gefeiert. Er machte aus seiner verächtlichen Haltung

¹ Knud von Harbou: Wege und Abwege. Franz Josef Schöningh, Mitbegründer der Süddeutschen Zeitung. Eine Biografie, München 2013.

² Ebd., S. 99f.

gegenüber den Nationalsozialisten kein Hehl, aber da die von ihm mit geleitete Verwaltung des Ortes offenbar gut funktionierte, erlitt er dadurch keine Nachteile. Das Ende des Krieges erlebte er in seiner Jagdhütte am Starnberger See, in dem Bewusstsein, wie er formulierte, „es geschafft zu haben, niemals für Hitler und die Nationalsozialisten als Soldat zu kämpfen“.

Schöningh war, so viel wir wissen, kein fanatischer Antisemit, im Gegenteil: Zwei jüdischen Bekannten half er, indem er ihnen falsche Papiere ausstellte, was ihnen das Leben rettete. Über die sogenannten „Judenaktionen“, die er fast täglich mit ansah, äußerte er sich nahezu nicht, weder vor noch nach 1945. Aber er war offenbar durchgehend der Überzeugung, durch seine von ihm empfundene innere Distanz zum Nationalsozialismus die Geschehnisse als im Grunde unbeteiligter Beobachter zu verfolgen, auch wenn er selbst daran beteiligt oder sogar dafür verantwortlich war. Als er an einem Tag im Juli 1942 mehr durch Zufall im Zentrum von Tarnopol eine Gruppe von Juden sah, die seine Behörde selbst für den Transport ins Todeslager bestimmt hatte, schrieb er seiner Frau. „Als heute Gestalten an mir vorüberzogen, als ich diese Gestalten sah, dachte ich, ich sei im Traum.“³

Das Beispiel Schöningh steht für eine sowohl in den deutschen Behörden wie in der Bevölkerung insgesamt häufig anzutreffende Haltung, die vor allem durch das Bestreben gekennzeichnet war, den Krieg selbst unversehrt zu überstehen und die unvermeidlichen unerfreulichen Nebenerscheinungen des Krieges entweder zu ignorieren oder hinzunehmen. Zu diesen gehörte auch die Verfolgung der Juden. Das setzte allerdings voraus, dass man bereit war, die Juden entweder als eine biologisch oder rassistisch definierte Gruppe und als Feinde der Deutschen anzusehen - oder sie und ihr Schicksal zu ignorieren und sie als Verlorene anzusehen, die unabänderlich dem Tode geweiht waren, wie das etwa bei Schöningh durchscheint. Ausschlaggebend war dabei, dass die Juden als nicht Dazugehörige wahrgenommen wurden, anders als man selbst, und dass es die eigene bevorrechtigte Position als deutscher Volksgenosse war, die einen vor einem solchen Schicksal schützte. Denn so funktionieren rassistische Gesellschaften, und so funktionierte auch deren extreme Form, die deutsche Gesellschaft während der NS-Diktatur.

Einige resümierende Bemerkungen zum Schluss. Was das Element der postulierten *Gleichheit* der Volksgenossen betrifft, so besaß es in der letzten Kriegsphase, angesichts der Zersplitterung der deutschen Gesellschaft, des darwinistischen Kampfes aller gegen alle und der Ausweglosigkeit in der totalen Zerstörung, kaum noch eine Wirkung. Das oft beschriebene Klagen der alliierten Militärverwaltungen nach dem 8. Mai 1945, dass sie unter den Deutschen kaum noch einen Einzigen fanden, der zu den Zielen der Nazis stand, war gewiss auch auf den sich überschlagenden Opportunismus der Besiegten zurückzuführen. Dahinter wurde aber auch etwas von dem Ausmaß an Desillusionierung,

³ Harbou, Wege und Abwege, S. 127.

Orientierungslosigkeit und Aporie erkennbar, die unter den Deutschen herrschten. So waren es nur sehr vereinzelte Elemente des in der NS-Zeit Erlebten und Erfahrenen, die sich auf längere Sicht als positiv konservierbar erwiesen – die kurze Erfahrung wirtschaftlicher Stabilität, Aspekte des sozialen Aufstiegs und der Lösung aus tradierten Milieus und Strukturen etwa – und in der Wahrnehmung eines erheblichen Teils der Bevölkerung gehört dazu vermutlich auch die Stillstellung der Klassenkämpfe durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. So war das Postulat der „Volksgemeinschaft“ als Prinzip nationaler Solidarität am Ende des Krieges weitgehend zerstört.

Wenn sich also die volksgemeinschaftliche Gleichheit als Chimäre erwiesen hatte, so galt dies für die Politik der *Ungleichheit* nicht. Die Verfolgung und Ermordung der Juden, die Rekrutierung von Millionen ausländischen Zwangsarbeitern zum Arbeitseinsatz im Reich, der Massentod der sowjetischen Kriegsgefangenen, der Behinderten und der Geisteskranken, der rassebiologisch Ausgegrenzten, der politischen Gegner: all das war ja tatsächlich Praxis geworden und hatte sich auf der Grundlage der Hierarchisierung zwischen Volksgenossen einerseits, Fremdvölkischen und Gemeinschaftsfremden andererseits vollzogen. Dabei hatten die Deutschen diese Rolle auch angenommen – die einen notgedrungen, die anderen nur zu gern. Für eine rassistisch konstituierte Gesellschaft war dieser Unterschied nicht ausschlaggebend. Entscheidend ist, dass das Postulat der Gleichheit durch den Vollzug der Ungleichheit konstituiert und beglaubigt wird. Insofern wird die „Volksgemeinschaft“ nicht durch die versprochene Gleichheit der „Volksgenossen“ hergestellt, sondern durch die für jedermann erkennbare Ungleichheit der „Volksfremden“. Im Genozid an den Juden wurde der Extrempunkt dieses Zusammenhangs erreicht: Der Völkermord schafft die Volksgemeinschaft.